

Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion

40 Jahre Städtebauförderung - Rettet die Soziale Stadt!

Montag, den 24.10.2011 im Reichstagsgebäude

Statement von Jörn Hermening, Quartiersmanagement Bremen-Tenever

40 Jahre Städtebauförderung – Rettet die Soziale Stadt

Die Soziale Stadt ist zu einem Motor für die Entwicklung in den benachteiligten Quartieren geworden. Diese Quartiere wurden gezielt in den Fokus der Förderung genommen, Beteiligungsstrukturen wurden geschaffen, endlich konnte man die guten Ansätze vor Ort auch mit Investitionen und konsumtiven Maßnahmen unterstützen. Ein Wegfall wird in vielen Quartieren auch den Zusammenbruch der Beteiligung, einen Rückschritt in der Entwicklung und eine Verslummung nach sich ziehen, gegen die mit diesem Programm erstmals bundesweit angegangen wurde. Soziale Stadt darf keine Eintagsfliege werden, soziale Stadtentwicklung wird ein Dauerthema bleiben und das muss es auch. Ausschreitungen und Unruhen in den Vororten der Großstädte in anderen Ländern zeigen, was passiert, wenn man die Integrationsorte der Städte alleine lässt. Die Soziale Stadt darf nicht die einzige Antwort auf die Probleme in den Quartieren sein, sie ist aber ein Anker, an den sich viele Weitere anknüpfen. Wenn in Bremen zuerst die Schulen in unseren Quartieren saniert wurden, dann sicher auch, weil hier aus „Sozialer Stadt“ Mittel vorhanden waren, um dies anzuschieben. Wenn niemand in Deutschland benachteiligt werden soll wegen seiner Herkunft, dann muss in benachteiligten Stadtteilen investiert werden, für ein gleichberechtigtes Leben und gleiche Chancen für alle Menschen, die hier leben.

Integrierte, integrative Stadtentwicklung – Was muss der Bund leisten?

1. Welches sind die aktuellen Herausforderungen in den Städten? Wie muss die Stadtentwicklungspolitik weiterentwickelt werden, um diese zu bewältigen?

In den Städten in Deutschland, wie auch in Bremen, schreitet die Segregation weiter voran, die gut situierten Stadtteile werden weiter gestärkt durch den Zuzug gut verdienender Menschen, die schwächeren Quartiere werden weiter und noch mehr von Menschen mit geringem Einkommen oder Transferleistungsempfängern bezogen. Stadtentwicklungspolitik muss diesem Trend entgegenwirken. In Tenever ist es durch den Stadtumbau West, die Sozialen Stadt, die Stadt Bremen und das Engagement der kommunalen Wohnungsgesellschaft Gewoba gelungen, den Stadtteil so attraktiv zu gestalten, dass auch Neubremser hier her ziehen und hier auch länger bleiben. Dieser Ansatz muss erhalten bleiben! Zudem muss auch auf die zunehmende Verknappung der menschenwürdigen Wohnmöglichkeiten, die bezahlbar sind, reagiert werden. Am besten mit dem Neubau von Sozialwohnungen, und zwar auch in den attraktiveren Quartieren einer Stadt, bei gleichzeitiger Aufwertung der benachteiligten Quartiere. Hier brauchen wir die besten Schulen, die besten Angebote, damit die Benachteiligung ausgeglichen wird und die Quartiere auch attraktiv für alle Menschen werden. Die Deutsche Kammerphilharmonie hat sich in Tenever angesiedelt, direkt an eine Schule vor Ort angebunden, und ist auch engagiert im Stadtteil. Das macht Tenever positiv bekannt und attraktiv in der Gesamtstadt. Wenn wir in Tenever und in Oberneuland, dem reichsten Ortsteil Bremens, die gleiche Quote an Abiturienten haben, erst dann hat Stadtentwicklungspolitik ihr Ziel erreicht. Das gleiche gilt natürlich auch für alle anderen Bereiche des Daseins, Lebenserwartung, kulturelle Teilhabe etc.

2. Was sind die Erwartungen an die Stadtentwicklungspolitik des Bundes konkret aus der Sicht vor Ort?

Bremen kann die Entwicklungen nicht alleine bewältigen, die Unterstützung des Bundes muss sich auch finanziell für die verschiedenen Maßnahmen auswirken. Die Steuerung der Maßnahmen sollte so weit vor Ort wie möglich erfolgen, dies auch als Strategie und den Gesetzen der Stadtentwicklungspolitik deutlicher festzuschreiben wäre ein Bedarf. Dabei ist die Bürgerbeteiligung vor Ort die höchste Form der Expertenbeteiligung, denn diese Menschen sind den ganzen Tag vor Ort und können am besten beurteilen, wo städtebauliche Defizite das Leben behindern und welche Maßnahmen am sinnvollsten sind, um dem entgegenzuwirken.

3. Wie lässt sich ökologischer Umbau, insbesondere die energetische Sanierung von Gebäuden vorantreiben, ohne einkommensschwache Mieter/innen zu verdrängen?

In Tenever ist es gelungen, den ökologischen Umbau, die energetische Sanierung und die Gesamtanierung wirtschaftlich umzusetzen und dennoch eine Miete zu verlangen, die nicht über den ortsüblichen und vom Jobcenter genehmigten Werten liegt. Dies ist machbar! Allerdings nur mit erheblichen staatlichen Hilfen in der Umsetzung, diese sollten zum Beispiel aus der Städtebauförderung kommen. Damit könnte man auch Mietbindungen verlängern oder eine Mietobergrenze festschreiben. Alles geht natürlich besser, wenn es sich nicht um rein kommerzielle Wohnungsunternehmen handelt, sondern um kommunale Betriebe. In Bremen ist deutlich zu sehen, dass die privatisierten Gesellschaften kaum energetische Maßnahmen durchführen, die städtische Gewoba aber nach und nach alle Gebäude wärmedämmt.

4. Wie lassen sich Bürgerinnen und Bürger gewinnen, sich an Stadtentwicklungsprozessen zu beteiligen? Lassen sich die Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung z.B. beim Programm Soziale Stadt für Stadtentwicklungspolitik/Planungsprozesse insgesamt nutzen?

Die Umsetzung des Programms Soziale Stadt wurde in Bremen bisher an das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ und die entsprechenden Gebiete angebunden. Vor Ort entscheidet man, was sinnvoll ist und was nicht. Dabei wurde aber der Weg der höchsten Beteiligung gegangen, in den „Stadtteilgruppen“ in Bremen ist jeder herzlich willkommen, es gibt keinen Closed Shop, alles wird transparent dargestellt. Politik, Verwaltung, Wohnungsgesellschaft, Institutionen, vereine und Soziale Einrichtungen und nicht zuletzt die betroffenen Bewohner entscheiden gleichberechtigt, ob ein Projekt gefördert werden darf oder nicht. Positive Förderentscheidungen werden nur im Konsens getroffen, so dass die Bewohner auch wirklich den gleichen Einfluss haben, wie die anderen Experten aus Politik, Verwaltung etc. Dies hat sich inzwischen bei über 2000 Projekten in Bremen bewährt und ist sicher auch auf andere Bereiche ausweiten. Bei der Sanierung des Quartiers wurde auch die Stadtteilgruppe als zentraler Ort für Beteiligung genutzt, hierher kamen die Bürger um zu Fragen, was mit Ihrem Haus passiert. Hier wurden Pläne vorgestellt, diskutiert, und die Bedenken der Bürger mit aufgenommen und Planungen auch daraufhin verändert. Menschen müssen ernst genommen werden, damit sie sich beteiligen, sonst verspielt man sich die Chance ihr Expertenwissen vor Ort mit einbeziehen zu können. Alle Wünsche können nicht immer berücksichtigt werden, aber es ist möglich zu erklären, warum etwas geht und etwas anderes nicht. Übrigens sind gerade die Bewohner immer sehr sparsam und sorgfältig im Umgang mit unseren Stadtteilmitteln und fragen bei allem genau nach. Ein gutes Beispiel für andere Maßnahmen und Bereiche!

5. Ressortegoismen zu überwinden scheint auf allen Ebenen – Bund, Land, Kommune – eine bisher immer noch unvollendete Daueraufgabe integrierter Stadtentwicklung. Wie kommen wir da weiter?

Vor Ort gelingt es uns immer sehr gut zusammen zu arbeiten. Die Mitarbeiter in Schulen, KiTas, Familienzentren, der Sozialen Dienste usw. kennen die Bürger und haben direkten Kontakt zu Ihnen. Alle ziehen an einem Strang, um Verbesserungen voran zu bringen. Je weiter die Verantwortlichen von der Basis entfernt sind, je stärker tritt das Ressort- bzw. Verwaltungsdenken in den Vordergrund. Dies ist keine böse Absicht, sondern den derzeitigen staatlichen Verwaltungsstrukturen geschuldet. Ein Ressort hat einen bestimmten Haushalt, der ist einzuhalten. Alle kämpfen für Ihren Bereich, danach wird verteilt. In Bremen übrigens überall zu wenig. Sinnvoll wäre es doch davon auszugehen, was brauchen die Menschen in einem bestimmten Quartier? Wie rechnen sich gesamtwirtschaftlich Maßnahmen vor Ort? Wenn wir Bildungsmaßnahmen unterstützen, fallen auf Dauer weniger Transferleistungsbedarfe an, wenn wir eine Frühberatungsstelle für junge Eltern haben, dann hat das ganz konkret geringere Ausgaben in der Jugendhilfe zur Folge. Wenn wir Beschäftigungsprojekte initiieren, dann sind die Menschen die dort arbeiten gesünder, und sie bereiten noch gesundes Frühstück für Kinder vor, das macht auch diese auf Dauer gesünder und sie können besser Lernen, bei Präventionsangeboten und Schlichtungsprojekten muss Justiz weniger Geld für Strafverfahren und Strafmaßnahmen ausgeben. Vor Ort, im Quartier, im Stadtteil sehen wir das, deshalb sollte auch vor Ort gehandelt und entschieden werden. Mit den Bürgern, Einrichtungen, Schulleitern, Verwaltung und Politik, am besten in allen Bereichen der Stadtentwicklung. Politik in einer Gesamtstadt oder einem Bundesland kann das nicht so übergreifend regeln. Mehr Entscheidungsmacht in die Quartiere, Hierarchien abbauen, dies könnte eine Lösung sein.